

PRESSEMITTEILUNG

Führungskräfte: Chancengleichheit von Frauen braucht politisches Handeln

Berlin, 01. März 2021 Die Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände ULA erklärt anlässlich der öffentlichen Anhörung zur Teilhabe von Frauen an Führungspositionen, dass sie in dem vom Bundesfamilienministerium und Bundesjustizministerium vorgelegten Entwurf für ein Zweites Führungspositionen-Gesetz (FüPoG II) einen, zumindest in Teilen geeigneten Beitrag sieht, um ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern in Führungspositionen zu erreichen.

Als Dachverband der Führungskräfte setzt sich die ULA dafür ein, dass Frauen und Männer auf ihren Karrierewegen dieselben Voraussetzungen haben. Die Rahmenbedingungen, angefangen bei der Berufswahl bis hin zur Führungsposition, sollen geschlechtsneutral und familienfreundlicher gestaltet und damit alle verfügbaren Potenziale gleichermaßen genutzt werden. „Die Führungskräftevereinigung sieht aber auch, dass Chancengleichheit unbedingt auch politisches Handeln braucht“, erklärt ULA-Präsident Dr. Roland Leroux.

Die ULA unterstützt in ihrer Stellungnahme zum Gesetzesvorhaben die grundsätzliche Zielsetzung, den Anteil von Frauen im privaten, wie im öffentlichen Sektor zu erhöhen, um damit eine gleichberechtigte Teilhabe in diesen Bereichen zu fördern. „Gemischte und diverse Teams sollten heute Normalität in Unternehmen sein und keine Besonderheit. Deswegen ist für uns die Zielgröße ‚Null‘, die sich Unternehmen für den Frauenanteil im Vorstand setzen konnten, unverständlich“, mahnt Leroux. Dass mit dem FüPoG II daher die Wirksamkeit des FüPoG erhöht und die bestehenden Regelungen weiterentwickelt werden sollen, erscheint im Grundsatz notwendig und folgerichtig.

Das Instrument der Geschlechterquoten birgt stets das Risiko, dass im Einzelfall nicht die Eignung, sondern das Geschlecht über Karriere- und Aufstieg entscheidet. Männer wie Frauen könnten sich diskriminiert fühlen. Außerdem ist eine solche Quotierung ein gravierender Eingriff in die Autonomie von Unternehmen und Organisationen.

„Quoten gehen nicht an die Ursachen der Ungleichverteilung bei Männern und Frauen in Führungspositionen heran“, so der Führungskräftepräsident. Eine Evaluation des Gesetzes nach fünf Jahren erscheint auf jeden Fall zwingend notwendig. Politik und Unternehmen müssten Rahmenbedingungen bieten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Mit einer familienfreundlichen Unternehmenskultur steigen Motivation, Leistungsbereitschaft und die Zufriedenheit aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. „Und dies ist für alle eine Win-Win-Situation. Beispiele dafür gibt es schon“, so Leroux.

Die ULA ist die Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände. Als Dachverband mit siebzehn Mitgliedsverbänden ist sie das politische Sprachrohr aller Führungskräfte in Deutschland. Sie vertritt deren Interessen gegenüber Regierung und Parlament sowohl in Berlin als auch in Brüssel.